

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

143 (24.6.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 8.00 M.; durch die Post bezogen 8.50 M. ohne Abhol- u. Vesteilgebühr, monatlich. Einzelnummer 20 Pf. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 4 1/2—11 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.—M. Die Reklamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestellen: 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung.

Die jüngsten Kombinationen.

23. Juni. Die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Bildung des Kabinetts haben heute ihren Fortgang genommen, ohne daß irgend eine Einigung eingetreten wäre. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum mindesten in den entscheidenden Ministerien besetzt sein wird. Ueber die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien eine Übereinstimmung erzielt worden, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumsmänner in ihren Meinungen verbleiben. Die Besetzung des Ministeriums des Auswärtigen mit dem früheren Ministerialdirektor Simon hat allgemeine Zustimmung gefunden. Infolge der endgültigen Abgabe des Geheimrats Weisfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftlebens verhandelt. Der Abg. Weisfeld hat aus persönlichen Gründen die Übernahme eines Amtes ablehnen müssen. Der Minister Steinhilber, der für das Arbeitsministerium in Frage kam, hat gewilligt, sein preußisches Portefeuille zu behalten. Der für dasselbe Ministerium vorgeschlagene Abgeordnete Weisfeld hat gleichfalls aus persönlichen Gründen abgelehnt, von ihm abzusehen zu wollen. Der optimistische Ton in den Mitteltönen über Weisfelds Fortschritt in der Kabinettsbildung ist nach Informationen des „Vorwärts“ nicht unberechtigt. Allerdings wird es, wie die „Völkische Zeitung“ meint, nicht möglich sein, bis zur heutigen Eröffnungssitzung des Reichstages die Kabinettsbildung zu beenden. Wie sehr auch die Verzögerung in der Krise zu dauern sei, so gering sei die praktische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag sich heute und auch morgen ohne die neue Regierung besetzen müsse. Zunächst habe er mit sich selbst zu tun. Er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung das Präsidium wählen.

Da durch das Verhalten der linksunabhängigen eine Kombination, in der die sozialdemokratische Arbeiterpartei vertritt, Einfluß gehabt hätte, wie der „Vorwärts“ schreibt, aus dem Bereich der Möglichkeit ausgeschlossen ist, und da ferner die Wiederherstellung der alten Koalition, so schreibt das Blatt weiter, gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird, und da schließlich eine Regierung weder wünschenswert, noch möglich sei, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß besäße, sei tatsächlich nur eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich. Diese auf die Weine zu stellen, sei Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, den Wiedereintritt der neuen Regierung zu fördern. Sie unterlasse es, der Regierung ein Misstrauensvotum auszubringen.

Sozialdemokratischer Anspruch auf den Reichstagspräsidenten.

23. Juni. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen, Ansprüche auf den Präsidenten des Reichstages dringend zu erheben und dafür den ehemaligen Reichspräsidenten Lohde vorzuschlagen.

Sozialdemokratischer Antrag auf Amnestie.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern nach Vornahme der Vorstandswahlen beschlossen, den Antrag einzubringen, die Regierung zu ersuchen, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch das die Tragfähigkeit der Verleumdungvereinbarung vom 29. März gewährleistet werde. Durch diesen Antrag werde für Geltung im ganzen Reich eine Amnestie im Geiste des Verleumdungabkommens gefordert.

Dr. Sieber württembergischer Staatspräsident.

23. Juni. Stuttgart. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultminister Abg. Dr. Sieber mit 22 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der frühere Landtagspräsident Rechtsanwalt Dr. Kraut erhielt die 27 Stimmen des Bauernbundes und der bürgerlichen Parteien. Die linksunabhängigen enthielten sich der Abstimmung.

Die Feuerungskrawalle in Württemberg.

Stuttgart, 23. Juni. Zu den heutigen Kundgebungen gegen die Feuerung und den Lebensmittelmangel wird uns von amtlicher Seite mitgeteilt: Während in Stuttgart und den meisten Orten des Landes die Demonstrationen ruhig verlaufen sind, kam es in Ulm und Ravensburg leider zu bewerkelteten Zusammenstößen. In Ulm folgte eine erregte Volksmenge den Oberamtmann, Oberregierungsrat Mayer, mit seinem Amtssekretär aus dem Oberamt und among beide Herren, mit in dem Zug auf den Marktplatz zu ziehen. Hier wurde der Oberbürgermeister Dr. Schwammberger mit Gewalt aus dem Rathaus herausgeholt, wobei der Oberamtmann und der Oberbürgermeister weiter umhantelt wurden. In Ravensburg auf das Rathaus wurden an diesem förmliche Fenster eingeschlagen, die Alten auf die Straße geworfen und auf dem Dach eine rote Fahne aufgezogen. Es ist bemerkenswert, daß die Aufwühler von Anfang an Waffen bei sich führten. Die zum Schutze des Rathauses herbeigerufenen Polizeiwachen wurden schon auf dem Anmarsch von der Menge angegriffen, wobei eine Reihe von Polizeimannschaften zum Teil erheblich verwundet wurde. Die Polizeiwache mußte von der Waffe Gebrauch machen und sich mit Gewalt in den Besitz des Rathauses setzen. Die Menge versuchte darauf erneut, das Rathaus zu stürmen und verlangte den Abzug der Polizeiwache sowie Auslieferung der Waffen, was abgelehnt wurde. Zum Entsatz der Polizeiwache schritten zwei Bataillone Reichswehr ein, die den Platz säuberten. Unter der Menge sind Tote und Verwundete zu beklagen. Reichs- und Polizeiwache hielten bis in die Nacht das Rathaus und die umliegenden Straßenzüge besetzt.

In Ravensburg zogen die Demonstranten ebenfalls vor das Oberamt, das sie erheblich verwüsteten. Die zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigerufenen Reichswehr aus Weingarten mußte mit Waffengewalt einschreiten, wobei es auch hier nicht ohne erhebliche Verluste auf Seiten der Aufwühler abging. Das Streben von Spornius und U.S.P. ging hier

offensichtlich dahin, in den Besitz der Waffen der Einwohnerwehr zu gelangen. In Ulm und in Ravensburg wurde die Einwohnerwehr aufgerufen. Zurzeit ist es in beiden Orten ruhig.

In Aalen bemächtigten sich radikale Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr, das sie vollständig ausraubten. Der dortige Oberamtmann steht mit den Aufwühlern unter Vermittlung der Gemeindeführer noch in Verhandlung über die Herausgabe der Waffen.

Stuttgart, 23. Juni. Bei den getriggen Irrtümern in Ulm wurden, soweit bis jetzt festgestellt worden ist, acht Polizeigewehre zum Teil erheblich beschädigt. Auf Seiten der Demonstranten sind fünf Tote zu beklagen. Aus Ravensburg werden insgesamt zwei Tote und zwanzig Verwundete gemeldet.

Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand eingeführt. Redakteur Theodor Krüger jr. von der bauerntüchtlichen „Schwäbischen Tageszeitung“ ist wegen Aufzehrung zum Verleumdungsschrei in Wahrungsmitteln an Stuttgart oder sonstige Verleumdungen, in denen Irrtümern irgend welcher Art enthalten sind, in Schutzhaft genommen worden.

Die Städte und die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Berlin, 23. Juni. (Privattelegramm.) Der Magistrat Berlin hat bei dem Ernährungsminister dringende Vorstellungen erhoben gegen die unerträgliche Höhe und weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, die einmütigen Widerpruch der städtischen Verbraucher hervorruft und neuerdings in vielen Städten zu schweren Unruhen geführt habe. Der Magistrat wehrt sich insbesondere dagegen, daß in den letzten Tagen die sogenannte Index-Kommission eine weitere enorme Erhöhung der Getreidepreise befürwortet habe, und gleichzeitig die Reichsgetreidestelle eine Präbuzprämie für Getreide in Aussicht nehme. Diese doppelte Erhöhung müsse zur Verhinderung, wenn nicht gar weiteren Erhöhung des Preises übermäßig hohen und nur für kurze Zeit erträglichen Preissteigerungen führen. Außerdem bittet der Magistrat um Herabsetzung des für das nächste Jahr in Aussicht genommenen Kartellpreises, der sich angesichts der günstigen Ernteausichten in keiner Weise mehr rechtfertigen läßt.

Detmold, 23. Juni. (Privat-Telegramm.) Die Herabsetzung des Kartellpreises auf 30 Mark für den Zentner vom Reiche hat in der hiesigen Bevölkerung starke Erregung hervorgerufen. Das hiesige Landespräsidium hat an die Reichsregierung ein Telegramm geschickt, in dem es darauf hinweist, daß durch eine so starke Steigerung der Preise notwendiger Lebensmittel teils Volkskreise in schwere Not geraten und aus Entschiedenheit gegen diese Preispolitik protestiert. Sogleiches Eingreifen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung sei unbedingt geboten.

Das Staatsgesetz für den neuen Reichstag.

Berlin, 23. Juni. Dem Reichstag wird ein Staatsgesetz mit detaillierten neuen Ausgaben in beträchtlicher Höhe zugehen, da alle Vorschläge überschritten worden und die Einnahmen stark zurückgegangen sind. Zunächst werden vom Reichsfinanzministerium neue Kreditvorlagen in Höhe von 14700 Millionen Mark bis zur Zeit Juli bis September 1920 angefordert, die infolge der Defizite bei den einzelnen Ressorts, namentlich bei Eisenbahnen, Post, Wiederanstau und Kriegsschiffen, in Erscheinung getreten sind. Bei Beratung dieser Forderungen soll auch die augenblickliche Reichssteuerpolitik einer Besprechung unterzogen werden, da das neue Lohnabzugsverfahren die Gefahren neuer Steuers und neuer Lohnforderungen heraufschwebt.

Die thüringischen Landtagswahlen.

23. Juni. Weimar, 23. Juni. Das amtliche Ergebnis der thüringischen Landtagswahlen kann erst am nächsten Mittwoch, also in acht Tagen, bekannt gegeben werden. Bis jetzt sind folgende Zahlen bekannt: D.M. 45122 (3—4 Sitze), D.Vp. 104072 Stimmen (8), Dem. 58142 Stimmen (4—5), S.S. 132784 Stimmen (11), U.S. 182865 (15), Thüring. Landb. 134487 (11), Kom. 8434 (0). Es fehlen noch 12 bis 15 kleine Orte, die aber am Ergebnis nichts wesentliches ändern.

Kein Steuerabzug im besetzten Gebiet.

23. Juni. Berlin. Die interalliierte Kommission verbietet den Steuerabzug am Lohn im besetzten Gebiet.

Proteste gegen die Ablieferung weiteren Schiffsräumens.

Aus allem ist deutlich erkennbar, mit welcher großer Besorgnis Handel und Industrie der bevorstehenden Auslieferung weiteren deutschen Schiffsräumens entgegensehen. Viele Industriewerke würden gezwungen sein, ihren Betrieb vollständig stillzulegen, Entlassung von vielen Hunderttausenden von Arbeitern würde die unausstellbare Folge. Hunger und Arbeitslosigkeit würden sich zu der schon jetzt drückenden Lage der Bevölkerung gesellen. Schwere Unruhen, sogar die Gefahr des Bolschewismus wären unvermeidlich. Durch Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande war es bis jetzt möglich, die Versorgung der Bevölkerung einigermaßen zu erreichen. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist aber nahezu erschöpft, fremden Schiffsräum kann sich das deutsche Volk bei seinem niedrigen Geldwert nicht leisten — ein sicherer politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch stände also bevor, wenn unsere Vertragsgegner auf ihrem Willen beharren.

Eingung mit den Kassenärzten.

Berlin, 23. Juni. Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Kassen stattgefunden haben, hat zu einer völligen Übereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationsvorhaben werden die wünschenswerten Ergebnisse lassen und den vertragslosen Zustand aufheben.

Klassenkampf und Koalition.

Von Karl Rausch.

(Schluß.)

3. Die Koalitionen nach der Revolution.

Das Problem des sozialistischen Ministerialismus hat sich heute etwas verschoben. Nirgends handelt es sich mehr um den Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein sonst rein bürgerliches Ministerium. Die Sozialisten sind heute vielfach die stärkste Partei im Parlament geworden, jedoch noch nicht so stark, daß sie allen anderen Parteien zusammen überlegen wären. Dürfen, ja müssen sie nicht unter solchen Umständen trachten, mit einer ihnen nahegehenden Partei eine Koalition zu bilden, in die sie nicht bloß einen oder zwei beizetzte Minister entsenden, die von ihrer Partei unabhängig sind, sondern in der sie der bürgerlichen Partei ebenbürtig gegenüberstehen als Mandatare ihrer Partei?

So verschieden die Frage dadurch geworden ist, glaube ich doch, daß meine Resolution auch unter den geänderten Umständen zutrifft. Nach wie vor halte ich ein Zusammenarbeiten von Sozialisten mit bürgerlichen Elementen in einer Regierung für ein gefährliches Experiment, das man auf keinen Fall jagen, sondern vielmehr nach Möglichkeit meiden soll. Doch zeige mir die historische Erfahrung und das Durchdenken aller künftigen Möglichkeiten, daß Zwangslagen eintreten können, in denen für eine sozialistische Partei die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen in einer gemeinsamen Regierung das kleinere Übel zur Abwehr größerer wird.

Indessen sah ich bis zum Kriege praktisch nirgends eine solche Zwangslage eintreten, ich war bis dahin gegen jeglichen konträren Fall von „Ministerialismus“.

Der Krieg brachte jedoch eine gewaltige Veränderung, wenigstens für die besiegten Länder. Überall brach dort die alte Staatsgewalt zusammen, fiel die Herrschaft im Staate zunächst den sozialistischen Parteien zu, die in den politischen Zentren überzogen. Aber nirgends noch war die Sozialdemokratie stark genug, um als Mehrheit im Lande die Alleinregierung zu behaupten. Sie sah sich überall vor die Alternative gedrängt, entweder als Minderheit die Regierung politisch zu unterstützen und durch die Mittel des Belagerungszustandes niederzuhalten; die Idee der Koalition. Oder aber sich mit einer der bürgerlichen Fraktionen, mit denen sie manche Interessen gemein hatte, in einer Koalition zu vereinigen. Wollte sie weder das eine noch das andere, dann mußte sie die ganze Verfügung über den staatlichen Apparat, die sie errungen, den bürgerlichen Gegnern zur belibigen Anwendung überlassen.

Die Koalition war nur durchführbar in einem völlig rückständigen Lande, also in einem Lande, dem alle Vorbedingungen für einen demokratischen Sozialismus fehlten, in dem höchstens ein Sozialismus nach dem Muster des Staates möglich ist, den die Jesuiten im 18. Jahrhundert in Paraguay aufgerichtet hatten; in einem Lande, in dem die Bauernschaft eben die zentrale Stütze logen worden und noch nicht gewohnt ist, am staatlichen Leben teilzunehmen. Indes, trotz aller Minderwertigkeit, ist auch das bolschewistische Regime keine reine Proletarierregierung. Selbst in Rußland muß der „Mägedank“ dem Bauerntum Konzeptionen machen.

In Westeuropa ist eine Koalition heute nicht mehr möglich; findet hier ein sozialistisches Regime nicht eine Mehrheit sozialistischer Wähler hinter sich, dann muß es, will es nicht abhandeln, sich zu einer Koalition verstehen. Eine solche wird möglich mit Elementen, die zum mindesten ein Interesse an der Demokratie, an der Zurückdrängung der Herrschaft der Bourgeoisie durch die Selbstverwaltung, an der Aufhebung des Militarismus haben und durch die Sozialisierung der großen Industrien in ihren Interessen nicht verletzt, ja sogar gefördert werden. Das trifft dann ein, wenn die sozialisierten Industrien produktiver sind als die kapitalistischen, also zum Beispiel den Bauern für die gleiche Menge landlicher Produkte mehr industrielle Waren als abgeben liefern.

Auch eine solche Koalition wird immer ihre großen Mängel haben, wird natürlich nie für das Proletariat so viel leisten können wie dessen Alleinregierung. Aber wenn diese nicht möglich ist, oder nur in Formen, die das ökonomische Leben ruinieren und das Proletariat als herrschende Klasse korrumpieren — und das tut auf die Dauer jede schrankenlose Gewalttätigkeit — dann bleibt nur die Koalition als kleineres Übel übrig, wenn der völlige Verzicht auf die Macht das größere wäre.

Damit ist jedoch nur gesagt, daß man in unseren Tagen nicht jede sozialistische Teilnahme an einer Koalitionsregierung, vornehmlich unbedingte gleich als Verzicht auf den Klassenkampf als Harmoniebedeutung, als Verzicht auf Sozialismus bezeichnen darf. Aber ebenso falsch wäre es umgekehrt, jede Koalitionsregierung von vornherein in Schik zu nehmen und als Notwendigkeit zu preisen.

Die Überwindung der Gefahren einer Koalitionsregierung für die an ihr teilnehmenden Sozialisten erfordert deren höchste geistige Kraft und Selbstständigkeit. Sind die Sozialisten den bürgerlichen Teilnehmern an der Koalition geistig nicht gewachsen, stehen sie hinter ihnen zurück an Fähigkeit und Wissen oder lassen sie sich von ihnen einschüchtern und terrorisieren, dann hört die Koalition auf, ein Mittel proletarischer Radikalisierung zu sein, dann wird sie ein Mittel, das Proletariat zu unterdrücken; sie nimmt den Sozialisten dann die Kraft und Fähigkeit, dieser Unterdrückungspolitik zu opponieren, macht sie vielmehr zu Mitschuldigen, raubt ihnen dadurch das Vertrauen des Proletariats. Die Kraft der Regierungssozialisten wird dadurch unterhöchelt; dafür wächst in den unzufriedenen proletarischen Schichten die Aufnahmefähigkeit für die Einfälle von Demagogen und Aben-

Karlsruher Bürgerauskunft-Sitzung.

Der Oberbürgermeister hatte für die gestrige Sitzung des Bürgerauskunftsausschusses einen wiederholt geäußerten Wunsch der Stadtverordneten Rechnung getragen und auf die Tagesordnung nur 5 Punkte gesetzt, wodurch die Möglichkeit gegeben werden sollte, einmal alle Punkte ohne Nebenberatung durchzubekommen, und dann auch die Sitzung nicht allzulange auszudehnen. Der Zweck der Maßnahme wurde nun allerdings nicht erreicht, denn der Verlauf der Verhandlungen war derselbe wie früher. Die ersten Punkte werden des langen und breiten behandelt, die Redner marschieren reihenweise auf und wenn es mal 1/2 Uhr ist, wo die Presse den Saal verläßt, dann wird das gewohnte Stillempo eingeschlagen und Vorlage für Vorlage wird drauf und drauf erledigt. So war es gestern wieder. Die erste Vorlage, die Beratung der städt. Besoldungs-Satzung und -Ordnung zog sich bis gegen 1/2 Uhr hin und die restlichen 4 Vorlagen wurden dann im Eiltempo abgehandelt. Eine Aenderung kann nur erwirkt werden, wenn die Fraktionen und Redner, wie wir schon wiederholt anführen, mehr Selbstziplin üben, wenn jede Fraktion einen Redner bestimmt, der zur Vorlage zu sprechen hat, und der auch alle Wünsche und Beschwerden seiner Fraktionskollegen vorbringen soll. Dieser Grundgedanke wird in der sozialdemokratischen Bürgerauskunftsfraktion angewendet; ausgeschlossen ist natürlich dadurch nicht, daß auch ein weiterer Redner das Wort ergreift, wenn es die Wichtigkeit der Sache verlangt, oder wenn etwaige gegnerische Angriffe abzuwehren sind. Hoffentlich machen sich die übrigen Fraktionen diesen Grundgedanken endlich zu eigen, im Interesse des Ansehens und der Würde des Kollegiums.

Man hätte allerdings annehmen sollen, daß über die erste Vorlage, die Besoldungsordnung sich keine lange Debatte entspinnen würde, denn einmal war ihre Einreichung die Erfüllung eines Wunsches des Bürgerauskunftsausschusses, der in seiner Sitzung vom 19. Mai beschlossen hatte, den städtischen Gehaltsstarif vom 1. April 1920 der Reichsbesoldungsordnung anzupassen, und dann war der Tarif mit den beteiligten Organisationen der Beamten und Arbeiter durchgearbeitet und angeschlossen worden, jedoch angenommen werden konnte, daß die Wünsche der „Beteiligten“, soweit es heute verabschiedete Vorlage ein bedeutendes soziales Werk, das den Beamten, wie es in der Begründung heißt, die langst ersehnte und durch die Verhältnis- und gerechtfertigte Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bringt. Der soziale Grundgedanke des Werkes ist gut, es ist zu wünschen, daß auf diesem Boden weitergearbeitet wird. Daß dem Werke noch Mängel anhaften, daß es noch verfahrensrechtlich Schönheitsfehler hat, ist eigentlich selbstverständlich. Und hier, jetzt, wo die Kritik ein. Uns gefällt die Gruppeneinteilung nicht, es sind viel zu viele Gruppen noch, der Klassen- und Jahrgangsklasse wird dadurch bewirkt, die Spannung zwischen der unteren Gruppe und der oberen ist viel zu groß, auch dies trägt nicht dazu bei, die sozialen Gegensätze zu verwischen, das ungeliebte Titelwesen, diese schulpflichtigen Tugenden, wird noch fester verankert; daß die Beamten gerade noch an diesen Rückschlüssen hängen, zeigt am besten, wie weit entfernt sie noch von den Ideen der neuen Zeit sind. Die stärkste Kritik erlief aber die Art der Bemessung der Teuerungszulagen. Jeder Beamte erhält nunmehr 50 Prozent seines Einkommens als Teuerungszulage, eine geradezu unfinanzielle Bestimmung, die nach Abänderung geradezu lächerlich. Der untere und mittlere Beamte hat doch an der Teuerung mindestens ebenso schwer zu tragen, ja noch schwerer, wie der obere; da er aber an sich schon weniger Gehalt hat wie der obere, so erhält er auch eine geringere Teuerungszulage, gleichsam als Strafe, weil er weniger bezahlt wird. Wer jetzt einen hohen Gehalt hat, erhält auch eine um so höhere Teuerungszulage, eine offensichtliche Ungerechtigkeit, die gar keiner weiteren Beschränkung bedarf. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte denn auch hier an dem schwächsten Punkt der Vorlage ein und stellte den Antrag, den Teuerungszulag der Gruppe 1 bis einschließlich 5 auf 55 Prozent zu erhöhen. Dadurch sollte ein Ausgleich geschaffen und die allgütige Spannung zwischen den Gehältern der unteren und oberen Gruppen gemildert werden. Bedauerlicherweise lehnte die bürgerliche Mehrheit des Bürgerauskunftsausschusses diesen Antrag ab. Vor den Wahlen hätte der Antrag wohl mehr Beachtung gefunden, aber nunmehr ist die bürgerliche „Beamtenfreundlichkeit“ wieder in die Kumpfkammer gestellt, es ist nicht mehr gefährlich und die Beamten haben eben auch, wie viele Wähler, ein kurzes Gedächtnis. Im übrigen darf festgestellt werden, daß es nur die sozialdemokratische Fraktion war, die praktisch verwirklichte Vorschläge machte; das Bürgerium wußte kaum etwas zu sagen und unsere „Freunde“ von links, die erstmals seit langem in größerer Zahl, fast vollständig, in einer Bürgerauskunftssitzung wieder erschienen waren, auch Herrn Krabinger durften wir seit langem wieder einmal begrüßen, waren wie üblich groß im Kritischen, aber positive Vorschläge brachten sie nicht vor.

Die übrigen Vorlagen wurden im „Rehrens“, nachdem die Presse ihren 12-14stündigen Arbeitstag beendet hatte, in knapp 80 Minuten erledigt, sie wurden alle angenommen.

Oberbürgermeister Dr. Hünter eröffnet um 1/2 Uhr die Sitzung. Die Präsenz ergibt die Anwesenheit von 81 Mitgliedern. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet Oberbürgermeister Dr. Hünter dem verstorbenen Ehrenbürger Kommerzienrat Dr. Friedrich Wolf einen warmen Nachruf, in welchem er besonders die Verdienste des Verstorbenen im Interesse der Stadt und die vielen Spenden für dieselben würdigt. Es werden zunächst einige kleine Anträge erledigt. Auf eine solche der U.S.P. Fraktion wegen den Vadepreisen in den städt. Badeanstalten verweist Bürgermeister Dr. Gorkmann auf den veröffentlichten Stadtraisbericht in dieser Sache, wo der mit den Schwimmvereinen übereingekommene Preis enthalten ist. Die U.S.P. kam also wieder einmal zu spät. Auf eine Anfrage, was die Stadt zu tun gedenke, um gegen den Kirchenwucher einzuschreiten, erwidert Bürgermeister Dr. Gorkmann, daß, nachdem die Zwangswirtschaft aufgehoben sei, die Städte nicht in der Lage sind, behelfend einzugreifen. Das beste Mittel ist, wenn die Käufer mit ihren Einkäufen an Obst zurückhalten, die Solidarität der Bürgerschaft muß einleiten. Wegen Verzögerung mit Kartoffeln für den Winterbedarf wird empfohlen, dieselben direkt beim Erzeuger zu kaufen, da die badischen Städte sich dahingehend neigend haben, die Kartoffelverfügung dem freien Handel zu überlassen. Auf eine Anfrage nach dem Stande der städt. Forstverwaltung in Remgarten erwidert Bürgermeister Dr. Gorkmann, daß anstatt der erhofften Erzeugung von 800 Tz. u. 30 Tz. pro Tag erfolgt sind, im ganzen werden etwa 30.000 Zentner gewonnen werden.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein. Die erste Vorlage betrifft die städtische Besoldungsordnung und -Ordnung. Eingegangen dazu ist ein sozialdemokratischer Antrag, den Teuerungszulag der Gruppe 1 bis einschließlich 5 auf 65 Prozent zu erhöhen. Die Vorlage wird vom Bürgermeister zuerst eingehend begründet. Er weist darauf hin, daß nachdem das Reich die Besoldungsordnung durchgeführt hat, auch die Städte das selbe tun müssen. Die Beamtenorganisationen wurden zu den Verhandlungen gezogen, jedoch war es nicht möglich, alle Wünsche derselben zu erfüllen. Die Besoldungsordnung der Beamten verursache 11 Millionen Mark Ausgaben. In der neuen Stadtbesoldungsordnung liegt ein großer sozialer Gedanke, auf dem hoffentlich weiter gebaut werden kann. Die Festsetzung der Teuerungszulage auf durchweg 50 Prozent sei ein Schönheitsfehler, der aber in Kauf genommen werden muß.

Auch das Titelwesen ist ein solcher Fehler, aber die Beamten mögen bedenken, daß nicht der Titel, sondern die Arbeit abelt. (Beifall.) Der sozialdemokratische Antrag verursacht einen Mehraufwand von 1.700.000 M. Die praktische Durchführung der Vorlage soll gemeinsam mit den Beamten und Arbeitern erfolgen. Durch eine Nachprüfung Ende des Jahres sollen eventuelle Verbesserungen besprochen werden. (Beifall.)

Stadtv. Obmann D. Frey betont, daß es nicht angängig ist, die städtischen Beamten besser zu entlohnen wie die staatlichen, da ja die Städte wie die Bundesstaaten finanziell vom Reich abhängen. Im übrigen empfiehlt er die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Gen. Schröcker geht auf die Vorlage gründlich ein und bringt verschiedene Wünsche der Beamten vor. Er bemängelt, daß die Teuerungszulage bei jeder Gehaltsgruppe den gleichen Prozentsatz aufweist, trotzdem doch jeder, ob höher oder minder bemittelt, von der Teuerung gleich betroffen wird. Deshalb hat die sozialdem. Fraktion den Antrag eingebracht, bei den niederen Klassen 65 Prozent, und bei den höheren 50 Prozent Teuerungszulage festzusetzen. Hoffentlich gelingt es, bei den stattfindenden Verhandlungen über die Durchführung der Vorlage auch einen Ausgleich zu schaffen. Stadtv. Pfeiff (Dem.) empfiehlt im Namen seiner Fraktion die Annahme der Vorlage en bloc, jedoch nur unter der Bedingung, daß wie bei Reich und Staat bis 31. Dezember eine Nachprüfung stattfindet und daß die berechtigten Wünsche der Beamten bei Beratung über die Durchführung der Vorlage erfüllt werden. Stadtv. Trabinger (Kom.) hält die Gehaltsätze für die unteren Beamten zu niedrig. Pflanzgehalt von 45.000 M. Einkommens des Oberbürgermeisters nach Abzug von 10 Prozent Steuern passen schlecht in den Rahmen unserer Armut. Der Beamte will nicht nur für hohe Gehälter arbeiten, sondern auch für seine Ehre. Stadtv. Krufe (U.S.P.) stimmt mit seinem Vorkenner darin überein, daß es nicht notwendig gewesen wäre, die Stellung in 18 Teile vorzunehmen. Nur die unteren Beamten sind die Höhe zu niedrig. Stadtv. Peter (Rt.) spricht namens der Rentnersfraktion für Annahme der Vorlage. Stadtv. Gen. Dr. Dies bittet für seine Verken, die Vorlage, soweit sie über Riffer 10 (Gehälter über 22.000 M.) hinausgeht, abzulehnen, da sie von Riffer 10 ab nicht dem Charakter der sozialen Revolution entspricht. Stadtv. Kreithaupt (Dem.) spricht für die Vorlage. Stadtv. Stuen (Rt.) hält die Spannung zwischen oben und unten zu groß. Der soziale Tarif stimmt nicht immer mit dem städtischen überein. Eine Gleichmäßigkeit im Reich, Staat und in den Gemeinden wäre am Platz. Stadtv. Dr. Frey (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen von Stadtv. Dr. Dies und tritt sodann energisch für die städtische Vorlage ein. Stadtv. Gen. Hübner kritisiert, daß die Höhe der unteren Klassen viel zu niedrig sind gegenüber denjenigen der höheren Klassen. Es können Verbesserungen gemacht werden, und zwar durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung des Teuerungszulages für die ersten 5 Klassen auf 65 Prozent. Die Mehrausgabe kann dadurch bedeckt werden, indem die Klassen 6-10 50 Prozent Teuerungszulage erhalten und die Klassen 11-18 weniger als 50 Prozent, über dessen Regelung jedoch noch gesprochen werden muß. Stadtv. Trabinger (Kom.) polemisiert noch gegen den Stadtv. Stuen, sowie gegen die Rede auf die Frau Wolf u. Sohn am Anfang der Sitzung. Nachdem noch Stadtv. Kreithaupt (Rt.) gesprochen, wendet sich Bürgermeister Sauer gegen einzelne in der Debatte vorgebrachten Einwendungen und betont dabei u. a., daß die Gehaltsätze nach dem Landesstatut geregelt sind. Was der Abzug der Steuer anbelangt, so findet derselbe auf alle Gehälter Anwendung, die nach dem 25. Juni ausbezahlt werden.

Bei der Abstimmung wird der sozialdem. Antrag gegen die sozialdemokratischen und 2 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Die Besoldungsordnung erachtet einstimmig Annahme. Der Antrag, die Riffern 10-13 (Gehälter über 22.000 M.) abzulehnen, wird abgelehnt. Sodann übernimmt Stadtv. Gen. Pfeiff bei Regelung der Gehaltsüberschläger den Vorsitz. Nachdem Stadtv. Obmann Obmann Dr. Frey zur Sache gesprochen, wird die Vorlage angenommen.

Der zweite Punkt, Vorschauzahlung auf die neue Regelung der Bezüge der juristischsten Beamten und Arbeiter und der vorzugswürdigsten Hinterbliebenen findet ohne Debatte Annahme. Den weiteren Tagesordnungspunkten, Einführung einer Fremdensteuer, Erhebung der Gemeindesteuer aus Eigenheimbesitz und Betriebsbetriebs für 1920 bis 1921 und Erhebung eines Gemeindefiskalzugs zur Erwerbsteuererhöhung stimmte das Kollegium zu. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. Juni.

Der Käuferstreik gegen die hohen Obstpreise beginnt!

Der Karlsruher Hausfrauenbund, als eine völlig neutrale unpolitische Organisation, wendet sich, unterstützt durch unterzeichnete Organisationen, an alle Verbraucher von Obst, an die Hausfrauen, Arbeiter, Angestellten, Beamten, Schüler etc., um sie zu einer Stellungnahme gegen die hohen Obstpreise aufzufordern. Von den Blatattaklen leuchtet die Warnung, Handzettel werden verteilt und wenn nötig, wird eine Versammlung stattfinden, in welcher über den Obsthandel und den freien Handel gesprochen werden soll. Daß die Obstpreise in diesem Jahre ganz unnormalerweise hoch sind, kann wohl ernstlich von Niemandem bestritten werden, zumal doch 1920 ein Obsterntejahr ist, wie schon seit Jahren nicht erlebt. Infolgedessen ist eine erste Verteilung in allen Kreisen eingetreten! Wie steht es mit dem Versprechen, das die Händler gaben? „Sowie die Zwangswirtschaft aufgehört ist der Handel in normale, wieder normale Preise herzustellen!“ — Das gerade Gegenteil ist aber in Wirklichkeit eingetreten, denn die Obstpreise sind geradezu ungeheuerlich! Der Hausfrauenbund hat sich niemals gegen berechnete Preissteigerungen gewandt, er ist aber der Meinung, daß die maßlosen Obstpreise, die von Erzeugern und Händlern festgesetzt worden, zu schärfstem Protest herausfordern.

Der Karlsruher Hausfrauenbund hat sich nun mit allen badischen Hausfrauenvereinen und Verbänden in Verbindung gesetzt, um auch in anderen Städten eine gleichartige Propaganda in die Wege zu leiten.

Es wird nun Sache des Handels sein, mit den Erzeugern zu einer Verständigung zu kommen, die allseitig befriedigt.

Hausfrauen, macht Euch klar, daß normale Zustände nur dann wieder kommen, wenn Ihr alle zusammen steht. Kauft das Obst erst, wenn es etwa um die Hälfte billiger ist. Vermeidet aber jede Unruhe auf den Märkten. Einigkeit und Besonnenheit führt zum Ziel.

Badischer Hausfrauenbund, Badischer Frauenverein, Hausfrauenabst. des kath. Frauenbundes Karlsruhe, Evang. Frauenbund, Jüdischer Frauenbund, Bad. Verbraucher-Kammer, Ortsauskunft Karlsruhe des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartell).

Unabhängige Wichtigtuererei.

Unter der Überschrift: „Was geht in Karlsruhe vor?“ bringt die „Sozialistische Republik“ in ihrer vorgetragenen Nummer folgende Marnachricht:

Wie wir erfahren, erschien im Montag, um halb 8 Uhr, ein Auto, besetzt mit verschiedenen Uniformierten, unter Führung eines Zivilisten vor dem Gebäude der Eisenbahnhauptwerkstätten. Man verlangte den kaufmännischen Leiter zu sprechen. Der Betriebsrat, dem von diesem Vorkall Mitteilung gemacht wurde, begab sich sofort zum kaufmännischen Leiter und erfuhr, daß der Zivilist das Ansuchen stellte, die dort befindlichen Gewehre und Maschinengewehre durch Entfernung der Schließer unbrauchbar zu machen. Die Waffen wurden feinerzeit an die Hauptwerkstätten ausgeliefert, um gegen die Skappten verwandt zu werden. Der Betriebsrat weigerte sich, die Waffen unbrauchbar machen zu lassen, worauf der Zivilist (?) mit seinen Begleitern wieder abziehen mußte.

Dazu schreibt die amtliche Karlsruher Zeitung in der gestrigen Nummer:

In Nr. 141 der „Soz. Republik“ vom 22. Juni ist darüber berichtet, daß bei den Eisenbahnhauptwerkstätten mit einem Auto die Schließer von Gewehren und Maschinengewehren abgeholt werden sollten. Die daran geknüpfte Vermutung eines Aufstandes ist völlig irrig. Es handelt sich vielmehr darum, eine allgemeine Anordnung des Ministeriums des Innern zu vollziehen, wonach die Waffen der Einwohnerwehren in die Obhut der Polizeibehörden überzugeben haben — eine Folge der Stellung der Entente gegenüber der Einwohnerwehr. Zu diesem Zweck wurden aus sämtlichen Waffenniederlagen der Einwohnerwehr die Gewehrgehäuse entfernt und in Verwahrung der Polizei gebracht. So sollte es auch bei den Waffen der Einwohnerwehrkompanien, die ihre Niederlage in den Eisenbahnhauptwerkstätten hat, geschehen.

Das Auto war von der Sicherheitspolizei Karlsruhe geleitet, der Vollzug wurde von einem Polizeikommissar in Zivil im Auftrag der Polizeidirektion geleitet.

Damit erledigen sich die von der „Soz. Republik“ aus dem Vorkang gezogenen Schlüsse vom „weiten Terror“ usw. als völlig grundlos.

Aus der amtlichen Darstellung ist also zu ersehen, daß nicht insüßliche reaktionäre Kreise es sind, die sich in den Besitz der Gewehrgehäuse sehen wollten, sondern die Gewalt der Entente diese Maßregel forderte. Wie uns Arbeiter der Hauptwerkstätte mitteilen, ist man im dortigen Bezirk darüber gut unterrichtet, nur der Geheimrat der „Soz. Republik“ weiß scheinbar nichts davon. Aber die U.S.P. hat solche Marnachrichten auch notwendig, denn die Unzufriedenheit ihrer Anhänger ist so groß, daß sie allen Anlaß hat, solche nichtigwichtigen und aufsehenerregenden Nachrichten in die Welt zu setzen, um damit ihre Parteimitglieder und Wähler über die Schindluderpolitik ihrer eigenen Partei hinwegzuführen. Aber vielleicht bemerken die U.S.P.-Männer ihren Parteifreund Dr. H. B. Bismarck, der ja die Probe seiner guten Beziehungen zu Entente schon abgelehnt hat, dafür zu sorgen, daß dieselbe von ihrem Vorhaben abläßt, dann bleiben die Gewehre in brauchbarem Zustande in den Händen der Einwohnerwehren.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr findet ein Vortrag des Gen. Stadtv. Schröcker statt, der eine „politische Rundschau“ geben wird. Der erste Vortrag unseres Gen. Schröcker vor 4 Wochen fand großen Anklang gefunden hat, darf auch heute Abend ein vollzähliger Besuch der Jugendgenossen und Jugendgenossinnen erwartet werden. Auch die Eltern der Jugendlichen sind zu der Veranstaltung eingeladen. Die Niederbühler sind ebenfalls mitzubringen. Schluß 10 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Ruppurr. Heute abend 8 Uhr spricht im „Röhrling Löwen“ Gen. Trinius aus Karlsruhe über die politische Lage. Das politische Leben sollte von der Arbeiterschaft mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Deshalb ist auch regelmäßiger Besuch der Parteiverfammlungen notwendig.

Sozialdemokratische Geistesarbeiter. Am Freitag, den 25. ds. Mts. findet abend 8 Uhr im Restaurant Königer (Gartenaal) eine Versammlung statt, in welcher Genosse A. B. B. n. a. y. über das Thema „Zwangswirtschaft“ referieren wird. Da das Thema gerade gegenwärtig sehr aktuell ist, hoffen wir, daß Mitglieder, Genossen sowie Gäste zahlreich erscheinen.

Vortrag Quibbe. Wir seien nochmals auf den heute, Donnerstag, abend 8 Uhr, im Saal 3 der Brauerei Schrampp (Waldstraße) stattfindenden öffentlichen Vortrag des kolumnenführenden der deutschen Friedensbewegung, Prof. Dr. Quibbe aus München über: „Der neue Reichstag und die auswärtige Politik“ hin.

Indem die Mitglieder der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei von der Friedensgesellschaft besonders eingeladen wurden, so werden die Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern ein zahlreicher Beteiligung gebeten.

Vortrag Ueber. Die Idee der freien Einheitschule im Sinne Dr. Rudolf Steiner und ihre Verwirklichung“ spricht morgen Freitag abend im großen Hofsaal im Auftrage des Bundes für Dreizehntägigkeit des sozialen Organismus Herr Karl Stodmayer, Vorkämpfer der freien Waldorfschule in Stuttgart. Der Eintritt ist frei.

Wasserbericht vom 23. Juni.

Die Wassermenge heute in der Schweiz etwa 15. — M. Ausgabung Holland notierte etwa 12.08 M. per holl. Gulden; Schweiz etwa 6.05 M. per schw. Fr.; England etwa 146 M. per Pf. Sterling; Frankreich etwa 3.10 M. per frz. Fr.; Rußland etwa 88.50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 24. Juni 1920.

Bei hohem Druck über ganz West- und Mitteleuropa herrscht trodenes und meist heiteres Wetter nur am Abend trat beim Vorbeigang einer nördlichen Tiefdruckwelle nordwestliche Bewölkung auf. Die Nachmittagsstemperaturen überschritten die Werte des Vortages um etwa 2 Grad; die erzielten Höchstwerte waren gestern 26 Grad in der Rheinebene und 17 Grad im Hochschwarzwald.

Vorausichtliche Witterung bis Freitag den 25. Juni, nichts Anhaltend troden, meist heiter und warm.

Schriftleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlieferung und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Zeit, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Christliche Josef Gieseler; für den Anzeigenteil Oswald Rehner, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abteilung Mühlburg.) Morgen Freitag abend 10 Uhr Abteilungsverammlung im Lokal zum „Hirsch“. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. 4183 Die Abteilungsleitung.

Strümpfe

- Damen-Strümpfe schwarz, lang . . . 9.75
- D'Strümpfe schwarz lang, mit Hochfese . . . 17.50
- D'Strümpfe schwarz, lang, feinmaschig . . . 15.75
- D'Strümpfe weiss, lang, Florart . . . 16.50
- D'Strümpfe schwarz mit farbig Zwickel . . . 16.50
- Vorfüße für Damenstrümpfe . . . 4.90
- Männer-Schweißsocken grau . . . 8.50
- Herren-Socken schwarz u. buntfarbig . . . 12.50

Trikofagen

- Damen-Schlupfhosen Trikot, in vielen Farben . . . 19.50
- Herren-Trikohemden grau, mit Einsatz . . . 17.50
- Herren-Trikohemden weiss, ohne Einsatz . . . 39.50
- Herren-Trikohemden weiss mit Einsatz . . . 45.00

Damen-Wäsche

- Unterfallen mit guter Stickerel . . . 21.50
- Damen-Beinkleider gestickt und festoniert . . . 29.50
- Damen-Beinkleider mit guter Stickerel . . . 32.50
- Damen-Hemden feston., aus gutem Cretonne . . . 42.50
- Damen-Hemden Baist, gestickt . . . 47.50
- Damen-Hemden mit guter Stickerel . . . 57.50
- Unterkleider in hübscher Ausführung und guter Stickerel . . . 110.00
- Garnitur Hemd und Beinkleid, Handmaschinen-stickerel und Hohlbaum, in eleganter Ausführung . . . 195.00
- Garnitur Hemd und Beinkleid, mit Einsatz und guter Stickerel . . . 175.00
- Schürzen weiss Tuptmull ohne Träger . . . 6.90

Herren-Strohhüte

- Herren-Strohhut Panamaform . . . 10.50
- Herren-Strohhut Matelot, moderne Gefecharten . . . 16.50
- Knaben-Klapphut verschiedene Gefecharten . . . 4.50

Korsetten

- Korsett lange Form, festoniert . . . 45.00
- Hüfthalter gute Form . . . 33.50
- Büstenhalter . . . 17.50

- Damen-Halbhandschuhe weiss u. schw. . . 95.00
- Damen-Fingerhandschuhe lang, weiss . . . 2.90

GESCHWISTER

KNOPF

Mengenabgabe vorbehalten.

Danksagung.

Für die uns beim Heimgang unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Onkels

Geh. Kommerzienrat
Dr. ing. h. c.

Friedrich Wolff

erwiesene herzliche Teilnahme sagen innigen Dank

Friedrich Wolff und Familie
Georg Wolff und Familie
Fritz Wolf und Familie

Karlsruhe, den 22. Juni 1920. 4169

Hausfrauen, Arbeiter Angestellte, Beamte!

Kauft fein Obst zu Wucherpreisen!

Verlangt billigere Erzeugerpreise!
Fordert das Verbot für Obst!
Vermeidet aber jede Unruhe auf d. Märkte!

Karlsruher Hausfrauenbund.

Badischer Frauenverein.
Hausfrauenabdt. des katholischen Frauenbundes Karlsruhe.
Evangelischer Frauenbund.
Jüdischer Frauenbund.
Badische Verbraucher-Kammer.
Ortsausschuss Karlsruhe des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes. 4178

Turn-Verein Ruxheim

M. d. A.-V.

feiert am Sonntag, den 27. Juni, sein
erstes Stiftungs-Fest

verbunden mit
Schachturnen und Fußball-Wettbewerb.

Freunde und Gönner unseres Vereins sind freundlichst eingeladen. 4163 Der Vorstand.

Mühlburger Creditbank

e. G. m. b. H. in Liquidation.

Wir laden hiermit die berechtigten Mitglieder zu der am
Dienstag, den 6. Juni 1920, um 8 Uhr, im Saale des Gerichtshauses zum „Rheinanal“, hier stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung

in dem Gesuchen um vollständiges Erscheinen freundlichst ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz pro 30. Juni 1920.
2. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Bilanz. Genehmigung der Bilanz und Erteilung der Entlastung der Liquidatoren.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Vermögens.
4. Ernennung eines Genossen, welcher die Bücher der Genossenschaft gemäß § 99 des Genossenschaftsgesetzes verwahrt.

Die Liquidatoren.
Emald. Ganzer. Müller.

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichtert. Zahlungsbedingungen
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Badischer Baubund G. m. b. H.

Karlsruhe
Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8-12,
nachmittags von 2-6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 24. Juni 1920 1775

Der Barbier von Sevilla

Oper in 3 Akten von Rossini.
Anfang 7 Uhr (M. 12.-) Ende 10 Uhr.

Sov soeben eingetroffenen Sendungen

Ia. Handkäse

offertieren das Kästgen mit 60 St. Inhalt
zu Mk. 32.— und 34.—
Nach anstandslos gegen Nachnahme bei
prompter Bedienung.

J. Klumpf Ww. & Cie.

Bürgerstraße 11. 4174

Zur Führung einer größeren Fabrikantinn unter
Setzung und für Rechnung der Fabrik wird

erfahrener tüchtiger Wirt

wenn möglich Mann und Frau, für bald gesucht.
Gelegene Bewerber wollen Angebote einreichen
unter Angabe über bisherige Beschäftigung, Familien-
verhältnisse, Alter u. Gehaltsansprüche sowie Dienst-
antritt unter Nr. 4138 an den „Solltsfreund“.

Rucksäcke

prima Ware,
selbstgefertigte
Bären in beson-
derlich. Preisf.
hat abzugeben

M. Oswald, Karlsruhe

Schützenstraße 42. 4051a

20% Preisabschlag 20%

auf alle
Gold-, Silber- und Doublewaren.

Neu eingetroffen

Weckeruhren, Küchenuhren, Wanduhren-
bedeutend herabgesetzt im Preise.

Ein Posten **Colliers** mit Anhänger (Silber
800), echte Steine, **6 bis 15 Mk**

Ein Posten **Ketten Double 20 Mk**, verg. **6 Mk**

Trauringe 8- und 14 karat, mod. Kugel-
form, bedeutend billiger.

Oskar Kirsch

Uhrmacher und Juwelier, Kriegsstr. 70.

Lager-Fässer

von 16 bis 50 Hektol, tadellose Qualität, billigst zu
verkaufen. 4139

Mühlburger Brauerei

Karlsruhe-Mühlburg.

Öffentl. Vortrag

Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr
im großen Rathaussaale
über:

„Die Idee der freien Einheitschule im Sinne Dr. Rudolf Steiner und ihre Verwirklichung“

von E. A. Karl Stockmayer
Verwalter der freien Waldorfschule
Stuttgart.

Eintritt frei. 4166

Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus.

Schlafzimmer

vollständiges, mit Feder-
betten, Schrank, Waschtisch
u. umhändelbarer
billig zu verkaufen. Schar-
kerstraße 65 III. rechts.
Mühlburg. 4164

Kragen -Wäscherei Schorpp

liefert schnellstens
**Stärke-
Wäsche**

Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-
Wilhelmstr. 5,
Kaiserstr. 34 u. 248
Gerwigstrasse 46
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 32
Augustastrasse 18
Schillerstrasse 18
Kaiseralle 87
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstrasse 13.
Durlach: 4011
Hauptstrasse 15.

Jeder Herrenhut Stroh, Filz od. Velour

wird durch Waschen und Fassonieren
tadellos hergerichtet. 4111

Sanberste Ausführung in kürzester Zeit.

F. Rollmann

Aue Kaiserstr. 99

Vernickeln

Neuer-
richten v. **Beleuchtungskörpern**

Chr. Friedr. Müller

Karlsruhe, Ruppurrersstraße 32 4177
Haltestelle der Straßenbahn-Linie 3, Schützenstr.
Auf Wunsch Besuch ohne jede Verbindlichkeit

Achtung!

Genau wie jede Konkurrenz liefere ich 4124

Herren-Sohlen und Fleck Mark 36.—

Damen-Sohlen „ „ „ 30.—

Eiga-Gummisohlen und Abfälle prima Qualität, zu den
billigsten Preisen.

Ia. Kernleder-sohlen zu dem jeweiligen Tagespreis.
Alle Arbeiten in 24 Stunden.

Schuhreparatur mit elektrischem Betrieb

Albert Mayer

Waldhornstraße 33, Ecke Jägeringstraße und Markgrafenstraße.
Man achte genau auf die Firma. 4127